

4,3 Millionen vom Land

Gemeinde Meinhard bekommt Bewilligungsbescheid für die Hessenkasse

Meinhard wird am 17. September über Nacht nochmals seine Schulden um 4,3 Millionen Euro tilgen. Möglich macht das die Hessenkasse. Damit hat die Gemeinde am 17. September nur noch rund 12 Millionen Euro Schulden – oder anders ausgedrückt, die Gemeinde Meinhard hat in den vergangenen vier Jahren rund 50 Prozent ihrer Schulden getilgt. Finanzminister Dr. Thomas Schäfer übergab jetzt im Regierungspräsidium Kassel an die Gemeinde Meinhard den Bescheid über die Ablösung von Kassenkrediten im Rahmen der Hessenkasse.

Noch im Jahr 2014 stand die Gemeinde mit 23,6 Millionen Euro in der Kreide. Mit dem Beitritt zum Schutzschirm wurden der Gemeinde rund 8,5 Millionen Euro Schulden abgenommen. Aus eigener Kraft konnte sie in den vergangenen vier Jahren noch mal 1,3 Millionen tilgen. Jetzt, nachdem die Gemeindevertretung beschlossen hatte, der Hessenkasse beizutreten, wird sie nochmals um 4,3 Millionen Euro beim Kassenkredit entlastet.

Bürgermeister Gerhold Brill bedankte sich bei Minister Schäfer für die finanzielle Hilfe – ein Dank ging von ihm aber auch an seine Kassenleiterin Ines Wallbraun-Schade, die



Nahmen den Bewilligungsbescheid aus den Händen von Finanzminister Thomas Schäfer (zweiter von links) entgegen: (von links) Die stellvertretende Bürgermeisterin Friederike Gruß, Kassenleiterin Ines Wallbraun-Schade und Bürgermeister Gerhold Brill.

Foto: privat/nh

sorgfältig und engagiert die zu leistenden Formalitäten für den Beitritt zur Hessenkasse bearbeitet hat und Dank ging auch an das Parlament und die Meinharder Bürger, die Verständnis für das Sparen der Gemeinde hatten.

Die Hälfte der 4,3 Millionen

Euro muss die Gemeinde in den nächsten Jahren selbst tilgen – dazu hat sie sich verpflichtet. Das Zinsrisiko der kompletten 4,3 Millionen geht auf das Land Hessen über. Glück dabei hat die Gemeinde Meinhard, dass vor Kurzem ein weiterer Bewilligungsbe-

scheid über 589 000 Euro des Landes aus dem Landesausgleichstock bei der Gemeinde eingetroffen ist. In den nächsten fünf Jahren wird die Gemeinde daher von dieser Tilgung in Höhe von rund 117 000 Euro/Jahr erst einmal freigestellt.